

STAATLICHE BEIHILFEN

Aufforderung zur Abgabe einer Stellungnahme gemäß Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zu den drei folgenden nicht angemeldeten Beihilferegelungen: C 58/2000 (ex NN 81/2000) — Beihilfen in Form einer Befreiung von der Körperschaftsteuer für bestimmte neu gegründete Unternehmen in der Provinz Álava (Spanien); C 59/2000 (ex NN 82/2000) — Beihilfen in Form einer Befreiung von der Körperschaftsteuer für bestimmte neu gegründete Unternehmen in der Provinz Guipúzcoa (Spanien); C 60/2000 (ex NN 83/2000) — Beihilfen in Form einer Befreiung von der Körperschaftsteuer für bestimmte neu gegründete Unternehmen in der Provinz Vizcaya (Spanien)

(2001/C 37/07)

(Text von Bedeutung für den EWR)

Mit Schreiben vom 28. November 2000, das nachstehend in der verbindlichen Sprachfassung abgedruckt ist, hat die Kommission Spanien ihren Beschluss mitgeteilt, wegen der vorerwähnten Beihilferegelungen das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag einzuleiten.

Die Kommission fordert alle Beteiligten zu den Beihilferegelungen, derentwegen sie das Verfahren eröffnet, zur Stellungnahme innerhalb eines Monats nach dem Datum dieser Veröffentlichung an folgende Anschrift auf:

Europäische Kommission,
Generaldirektion Wettbewerb,
Direktion staatliche Beihilfen I,
Rue de la Loi/Wetstraat 200,
B-1049 Brüssel,
Fax (32-2) 296 98 15.

Alle Stellungnahmen werden Spanien übermittelt. Jeder, der eine Stellungnahme abgibt kann unter Angaben von Gründen schriftlich beantragen, dass seine Identität nicht bekanntgegeben wird.

ZUSAMMENFASSUNG

1. BEIHILFE C 58/2000 (ex NN 81/2000)

Mitgliedstaat: Spanien (Provinz Álava)

Beihilfe Nr.: C 58/2000 (ex NN 81/2000)

Titel: Beihilfen in Form einer Befreiung von der Körperschaftsteuer für bestimmte neu gegründete Unternehmen in der Provinz Álava

Zielsetzung: Förderung der Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen

Sektor: Neue Unternehmen mit einem eingezahlten Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR), die über 80 Mio. ESP (480 810 EUR) investieren und mehr als 10 Arbeitsplätze schaffen

Rechtsgrundlage: Territorio Histórico de Álava: artículo 14 de la Norma Foral nº 18/1993 de 5 de julio, de medidas fiscales urgentes de apoyo a la inversión e impulso de la actividad económica

Haushaltsmittel: Unbekannt

Beihilfeintensität oder -höhe: Befreiung von der Körperschaftsteuer während 10 aufeinanderfolgenden Steuerjahren

Art der Beihilfe: Befreiung von der Körperschaftsteuer

Laufzeit: Bis Ende 1994

Vorschlag: Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens nach Artikel 88.2 EG-Vertrag

2. BEIHILFE C 59/2000 (ex NN 82/2000)

Mitgliedstaat: Spanien (Provinz Guipúzcoa)

Beihilfe Nr.: C 59/2000 (ex NN 82/2000)

Titel: Beihilfen in Form einer Befreiung von der Körperschaftsteuer für bestimmte neu gegründete Unternehmen in der Provinz Guipúzcoa

Zielsetzung: Förderung der Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen

Sektor: Neue Unternehmen mit einem eingezahlten Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR), die über 80 Mio. ESP (480 810 EUR) investieren und mehr als 10 Arbeitsplätze schaffen

Rechtsgrundlage: Territorio Histórico de Guipúzcoa: artículo 14 de la Norma Foral nº 11/1993 de 26 de junio, de medidas fiscales urgentes de apoyo a la inversión e impulso de la actividad económica

Haushaltsmittel: Unbekannt

Beihilfeintensität oder -höhe: Befreiung von der Körperschaftsteuer während 10 aufeinanderfolgenden Steuerjahren

Art der Beihilfe: Befreiung von der Körperschaftsteuer

Laufzeit: Bis Ende 1994

Vorschlag: Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens nach Artikel 88.2 EG-Vertrag

3. BEIHILFE C 60/2000 (ex NN 83/2000)

Mitgliedstaat: Spanien (Provinz Vizcaya)

Beihilfe Nr.: C 60/2000 (ex NN 83/2000)

Titel: Beihilfen in Form einer Befreiung von der Körperschaftsteuer für bestimmte neu gegründete Unternehmen in der Provinz Vizcaya

Zielsetzung: Förderung der Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen

Sektor: Neue Unternehmen mit einem eingezahlten Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR), die über 80 Mio. ESP (480 810 EUR) investieren und mehr als 10 Arbeitsplätze schaffen

Rechtsgrundlage: Territorio Histórico de Vizcaya: artículo 14 de la Norma Foral nº 5/1993 de 24 de junio, de medidas fiscales urgentes de apoyo a la inversión e impulso de la actividad económica

Haushaltsmittel: Unbekannt

Beihilfeintensität oder -höhe: Befreiung von der Körperschaftsteuer während 10 aufeinanderfolgenden Steuerjahren

Art der Beihilfe: Befreiung von der Körperschaftsteuer

Laufzeit: Bis Ende 1994

Vorschlag: Eröffnung des förmlichen Prüfverfahrens nach Artikel 88.2 EG-Vertrag

4. WÜRDIGUNG DER BEIHILFE

4.1 Eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikels 87.1 EG-Vertrag

Die Beihilferegulungen sind in den drei Provinzen sozusagen identisch. Sie sehen eine Befreiung von der Körperschaftsteuer vor, die die vier in Artikel 87 EG-Vertrag aufgestellten Kriterien erfüllt. Die betreffende Steuerbefreiung hat insoweit einen besonderen bzw. selektiven Charakter, als sie bestimmte Unter-

nehmen begünstigt. Denn von der Beihilfe ausgeschlossen sind alle Unternehmen, die vor 1994 gegründet wurden, die weniger als 80 Mio. ESP (480 810 EUR) investieren, weniger als 10 Arbeitsplätze schaffen und kein eingezahltes Kapital von über 20 Mio. ESP (120 202 EUR) haben. Im Übrigen sind diese Beihilfen nicht durch Art oder Anlage des Systems begründet, sondern lediglich durch das Ziel gerechtfertigt, die Gründung und Inbetriebnahme bestimmter neuer Unternehmen zu fördern.

4.2 Verstoß gegen die Anmeldungspflicht nach Artikel 88.3 EG-Vertrag

Da die betreffenden Maßnahmen nicht in den Anwendungsbereich der De-minimis-Regel fallen, müssen sie gemäß Artikel 88 Absatz 3 EG-Vertrag vorher angemeldet werden. Die spanischen Behörden sind dieser Verpflichtung jedoch nicht nachgekommen. Die Beihilfen sind demnach als rechtswidrig anzusehen.

4.3 Vereinbarkeit der Körperschaftsteuerbefreiung

4.3.1 Sektorale Auswirkungen

Die Körperschaftsteuerbefreiung, die sektoral nicht begrenzt ist, kann Unternehmen in Sektoren eingeräumt werden, für die besondere Gemeinschaftsvorschriften gelten, wie für die Herstellung, Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse des Anhangs I zum Vertrag, die Fischerei, den Kohlenbergbau, die Eisen- und Stahlindustrie, den Verkehr, den Schiffbau, die Kunstfaser- und die Kraftfahrzeugindustrie. Die Provinzialgesetze, welche die betreffende Steuerbefreiung einführen, sehen jedoch nicht die Befolgung dieser besonderen Gemeinschaftsvorschriften vor. Demnach ist es möglich, dass die betreffenden sektoralen Vorschriften bei der Gewährung der Beihilfen in Form einer Körperschaftsteuerbefreiung nicht befolgt werden. Diese Umstände stellen die Vereinbarkeit der betreffenden Beihilfen in Frage, wenn der Begünstigte einem Sektor angehört, für den besondere Gemeinschaftsvorschriften gelten.

4.3.2 Die Vorschriften für Regionalbeihilfen

Gemäß Ziffer 4.15 bis 4.17 der Leitlinien⁽¹⁾ für staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung sind Betriebsbeihilfen grundsätzlich untersagt. Sie können jedoch ausnahmsweise entweder in Fördergebieten nach Artikel 87.3 a) EG-Vertrag unter bestimmten Bedingungen oder in Gebieten in äußerster Randlage bzw. in Gebieten mit einer geringen Bevölkerungsdichte zum Ausgleich der Beförderungsmehrkosten gewährt werden. Weder die Beihilfen noch die Gebiete entsprechen diesen beiden Kriterien. Die drei Provinzen fallen nicht in den Anwendungsbereich des Artikels 87.3 a) EG-Vertrag. In ihrer Entscheidung vom 11. April 2000 über die spanische Fördergebietskarte für den Zeitraum 2000–2006 hat die Kommission nämlich die

⁽¹⁾ ABl. C 74 vom 10.3.1998.

Auffassung vertreten, dass diese drei Provinzen keine Gebiete sind, in denen staatliche Beihilfen aufgrund der Ausnahme des Artikels 87.3 a) EG-Vertrag als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden können, da die Lebenshaltung nicht außergewöhnlich niedrig ist und auch keine erhebliche Unterbeschäftigung herrscht. Doch können in diesen drei Provinzen staatliche Beihilfen aufgrund der Ausnahme des Artikels 87.3 c) EG-Vertrag als mit dem Gemeinsamen Markt vereinbar angesehen werden. Hieraus ergibt sich, dass die Vereinbarkeit der betreffenden Beihilfen vor dem Hintergrund der Vorschriften über staatliche Beihilfen mit regionaler Zielsetzung Anlass zu Bedenken gibt.

4.3.3 Schluss

Schließlich bestehen Zweifel hinsichtlich der Vereinbarkeit der betreffenden Beihilfen mit dem Gemeinsamen Markt aufgrund der Ausnahmen des Artikels 87.2 und 87.3 EG-Vertrag. Diese Beihilfen können nämlich nicht als Beihilfen sozialer Art an einzelne Verbraucher im Sinne von Artikel 87.2 a) angesehen werden. Ebenso wenig sind sie zur Beseitigung von Schäden, die durch Naturkatastrophen oder sonstige außergewöhnliche Ereignisse entstanden sind, im Sinne von Artikel 87.2 b) bestimmt. Die Vorschriften des Artikels 87.2 c) für durch die Teilung Deutschlands betroffene Gebiete der Bundesrepublik Deutschland sind ebenfalls nicht anwendbar. Was die Ausnahmen des Artikels 87 Absatz 3 abgesehen von den vorerwähnten Buchstaben a) und c) betrifft, so werden mit den vorerwähnten Beihilfen keine wichtigen Vorhaben von gemeinsamem europäischen Interesse gefördert und wird keine beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben eines Mitgliedstaats im Sinne des Buchstabens b) behoben. Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe c) betreffend Beihilfen zur Förderung gewisser Wirtschaftszweige greift insofern nicht, als die Gewährung der Beihilfen nicht bestimmten Tätigkeiten vorbehalten ist. Schließlich sind die Beihilfen auch nicht dazu bestimmt, die Kultur zu fördern und das kulturelle Erbe zu erhalten, wie in Artikel 87.3 d) vorgesehen ist.

Aus diesem Grunde hat die Kommission beschlossen, gegen die drei vorerwähnten Beihilferegulungen in Form einer Körperschaftsteuerbefreiung das Verfahren nach Artikel 88 Absatz 2 EG-Vertrag zu eröffnen.

Gemäß Artikel 14 der Verordnung (EG) Nr. 659/1999 des Rates vom 22. März 1999 können alle rechtswidrigen Beihilfen vom Empfänger zurückgefordert werden.

TEXT DES BRIEFES

„Por la presente, la Comisión tiene el honor de comunicar a las autoridades españolas que, tras haber examinado la información de que dispone, ha decidido incoar el procedimiento previsto en el apartado 2 del artículo 88 del Tratado CE.

PROCEDIMIENTO

Gracias fundamentalmente a la información transmitida por las autoridades españolas con motivo de la demanda interpuesta

por una empresa competidora, así como a los datos comunicados en la propia demanda, la Comisión tuvo la confirmación de la existencia de ayudas fiscales en la provincia de Álava, en forma de una exención del impuesto sobre sociedades a empresas de nueva creación. Según el demandante, la empresa Depósitos Tubos Reunidos Lentz TR Lentz, SA (en lo sucesivo denominada «Detursa») implantada en Lantarón (provincia de Álava), se beneficia, entre otras ayudas, de la exención fiscal del impuesto sobre sociedades durante diez años. Mediante una certificación con fecha de 1 de marzo de 2000, las autoridades provinciales de Álava confirmaron que la citada empresa es beneficiaria de la exención fiscal prevista por el artículo 14 de la Norma Foral nº 18/1993 de 5 de julio. Además, certificaron que la empresa Detursa, al no tener beneficios, no ha podido disfrutar de la mencionada exención hasta el 1 de marzo de 2000.

Por otra parte, la Comisión pudo comprobar la existencia de medidas similares en la provincia de Guipúzcoa y en la provincia de Vizcaya, provincias que gozan de la misma autonomía fiscal que la provincia de Álava.

En los términos del punto 37 de su Comunicación relativa a la aplicación de las normas sobre ayudas estatales a las medidas relacionadas con la fiscalidad directa de las empresas⁽²⁾ y tomando como base las orientaciones definidas en la misma, la Comisión procede a examinar las ayudas fiscales que se hayan concedido ilegalmente en los Estados miembros. Entre los regímenes de ayudas fiscales no notificadas a la Comisión con arreglo a las disposiciones del apartado 3 del artículo 88 del Tratado CE, se encuentran los tres regímenes de ayudas fiscales mencionados.

La Comisión constata que estos tres regímenes de ayudas fiscales fueron creados por el artículo 14 de cada una de las normas forales siguientes: la Norma Foral nº 18/1993 de 5 de julio de Álava⁽³⁾, la Norma Foral nº 11/1993 de 26 de junio de Guipúzcoa⁽⁴⁾ y la Norma Foral nº 5/1993 de 24 de junio de Vizcaya⁽⁵⁾. El texto de los citados artículos 14 es el siguiente⁽⁶⁾:

- «1. Estarán exentas de impuesto sobre sociedades durante un período de 10 ejercicios fiscales computados desde el ejercicio en que se constituyan, éste inclusive, las sociedades que se creen entre la entrada en vigor de esta Norma Foral y el 31 de diciembre de 1994, siempre que se cumplan los requisitos establecidos en el apartado siguiente.
2. Serán requisitos para poder gozar de la exención prevista en este artículo:
 - a) Que se constituyan con un capital mínimo de 20 millones de pesetas españolas, totalmente desembolsado.

⁽²⁾ DO C 384 de 10.12.1998.

⁽³⁾ Territorio Histórico de Álava: Norma Foral nº 18/1993 de 5 de julio, de medidas fiscales urgentes de apoyo a la inversión e impulso de la actividad económica.

⁽⁴⁾ Territorio Histórico de Guipúzcoa: Norma Foral nº 11/1993 de 26 de junio, de medidas fiscales urgentes de apoyo a la inversión e impulso de la actividad económica.

⁽⁵⁾ Territorio Histórico de Vizcaya: Norma Foral nº 5/1993 de 24 de junio, de medidas urgentes de apoyo a la inversión e impulso de la actividad económica.

⁽⁶⁾ En el presente texto sólo se recogen las partes necesarias para la valoración de la ayuda.

[...]

- f) Que realicen inversiones entre la fecha de la constitución de la sociedad y el 31 de diciembre de 1995 por un importe mínimo de 80 millones de pesetas españolas, debiendo realizarse todas las inversiones en bienes afectos a la actividad que no sean objeto de arrendamiento o cesión a terceros para su uso.
- g) Que impliquen la creación de un mínimo de 10 puestos de trabajo dentro de los seis meses siguientes a su constitución y mantengan en ese número el promedio anual de plantilla durante el período de la exención.

[...]

- i) Que dispongan de un plan de actuación empresarial que abarque un período mínimo de cinco años. [...].

3. [...]

4. [...]

5. [...]

6. Lo dispuesto en este artículo es incompatible con cualquier otro beneficio tributario.

7. El régimen de exención transitorio será solicitado al Departamento de Hacienda y Finanzas de la Diputación Foral [...], el cual, tras la verificación del cumplimiento de los requisitos inicialmente exigidos, comunicará a la sociedad solicitante, en su caso, su autorización provisional, que deberá ser adoptada por Acuerdo del Consejo de Diputados [...].»

DESCRIPCION DETALLADA DE LAS AYUDAS FISCALES EN CUESTIÓN

La Comisión constata que el objetivo de la ayuda en cuestión sería impulsar la actividad económica mediante incentivos fiscales coyunturales a la creación de nuevas empresas. Efectivamente, la ayuda está dirigida a la categoría específica de algunas empresas de nueva creación, reservándoles una exención del impuesto sobre sociedades durante un período de diez años.

La Comisión observa que el objeto de las ayudas fiscales en cuestión lo constituye la base imponible positiva del impuesto sobre sociedades, derivada del ejercicio de las actividades económicas de algunas empresas, antes de la compensación de las bases imponibles negativas de los ejercicios anteriores. En este caso, los beneficiarios serán las sociedades que, por una parte, iniciaron su actividad comercial después de la fecha de entrada en vigor de las normas forales mencionadas y, por otra, han invertido en activos fijos materiales un importe mínimo de 80 millones de pesetas españolas (480 810 euros) y generado al menos 10 puestos de trabajo. Además, la Comisión pone de relieve que las empresas beneficiarias deberán: tener un plan de actuación empresarial que abarque un período mínimo de cinco años y emprender su actividad con un capital mínimo desembolsado de 20 millones de pesetas españolas (120 202 euros). En cuanto al plazo de que disponen para beneficiarse de la exención, corresponde al período de diez años computados a partir del ejercicio en que se constituye la empresa.

La Comisión constata que la ayuda fiscal en cuestión no está destinada a empresas que realicen determinadas actividades o que pertenezcan a determinados sectores ya que puede acogerse a la ayuda cualquier actividad o sector. Aparte de a las empresas de nueva creación, tampoco está destinada a determinadas categorías de empresas, por ejemplo las pequeñas y medianas empresas, ya que puede acogerse a ella cualquier empresa, siempre que satisfaga las condiciones mencionadas anteriormente.

La Comisión pone de relieve el carácter transitorio de las ayudas fiscales en cuestión ya que sólo podrán concederse a las nuevas empresas creadas durante un período limitado de tiempo que termina a finales de 1994. En cuanto a su acumulación con otras ayudas, se dice de manera explícita que las ayudas fiscales en cuestión son incompatibles con cualquier otro beneficio tributario motivado por la inversión mínima o la creación mínima de puestos de trabajo. Por lo demás, se desconoce el presupuesto de pérdidas por ingresos fiscales ya que debería fijarse anualmente en las leyes presupuestarias.

Valoración de las ayudas en cuestión

1. *El carácter de ayuda estatal según el apartado 1 del artículo 87 del Tratado CE*

La Comisión recuerda que, para la aplicación de las normas comunitarias en materia de ayudas estatales, el carácter fiscal de las medidas en cuestión es indiferente puesto que el artículo 87 se aplica a las medidas de ayuda «bajo cualquier forma». No obstante, la Comisión pone de relieve que para calificarse de ayuda, las medidas en cuestión deben satisfacer acumulativamente los cuatro criterios que define el artículo 87 y que se exponen a continuación.

En primer lugar, la Comisión señala que la exención del impuesto sobre sociedades procura a sus beneficiarios una ventaja que reduce las cargas que gravan normalmente su presupuesto, por medio de una exención de la cuota tributaria.

En segundo lugar, la Comisión estima que la citada exención del impuesto sobre sociedades implica una pérdida de ingresos fiscales y equivale, por tanto, al consumo de recursos públicos en forma de gastos fiscales.

En tercer lugar, la Comisión considera que la citada exención del impuesto sobre sociedades afecta a la competencia y a los intercambios comerciales entre Estados miembros. En efecto, dado que los beneficiarios ejercen actividades económicas que pueden ser objeto de intercambios comerciales entre los Estados miembros, la ayuda refuerza la posición de las empresas beneficiarias con relación a otras empresas competidoras en el comercio intracomunitario, por lo que influye en el mismo. Además, las empresas beneficiarias ven mejorada su rentabilidad por el aumento de su resultado neto (beneficios después de impuestos). De esta manera, están en condiciones de competir con las empresas excluidas del beneficio de dichas ayudas fiscales.

Por lo demás, la Comisión opina que la exención del impuesto sobre sociedades en cuestión es específica o selectiva en el sentido de que favorece a algunas empresas. En efecto, las condiciones para la concesión de las ayudas excluyen concretamente del beneficio de las mismas a las empresas creadas antes de la fecha de entrada en vigor de las citadas Normas

Forales o después del 31 de diciembre de 1994, cuyas inversiones sean inferiores al umbral de 80 millones de pesetas españolas (480 810 euros), que no sean sociedades con un capital desembolsado que supere los 20 millones de pesetas españolas (120 202 euros) y que creen menos de 10 puestos de trabajo. A este respecto, la Comisión recuerda que, según el cuarto. Informe sobre las empresas en Europa ⁽⁷⁾, en 1987, el número de empresas en la Unión Europea con menos de 10 trabajadores asalariados o sin trabajadores asalariados era de 14,629 millones, es decir, el 87,72 % ⁽⁸⁾ del total. En el caso de España, este porcentaje era aún más elevado, aproximadamente del 95,11 % ⁽⁹⁾. Es muy probable que estos porcentajes sean aún más elevados en el caso de nuevas empresas ya que habitualmente una empresa comienza con unos efectivos que van aumentando a medida que la empresa se consolida y alcanza su velocidad de crucero. Por consiguiente, parece que una de las condiciones establecidas para beneficiarse de las ayudas comporta, por sí sola, la exclusión de la mayoría de las empresas del beneficio de las mismas.

Hay que precisar que la presente identificación de los elementos mencionados de una especificidad material no excluye la existencia de otras características susceptibles de hacer específicas las medidas fiscales en cuestión, por ejemplo, su especificidad regional.

Además, la Comisión considera que esta ayuda fiscal no está justificada por la naturaleza o la economía del sistema. En efecto, según las normas forales en cuestión, el objetivo manifestado es impulsar la economía de estas provincias, que atravesaban en aquel momento una grave crisis económica. El objetivo no es consecuencia, por tanto, de exigencias fiscales primarias sino de la política económica externa a los regímenes fiscales en cuestión. Este carácter externo a dichos regímenes fiscales queda reforzado por el carácter transitorio de las medidas fiscales.

En conclusión, la Comisión considera, a título de evaluación preliminar de conformidad con el artículo 6 del Reglamento (CE) n° 656/1999 ⁽¹⁰⁾, que la exención del impuesto sobre sociedades mencionada tiene carácter de ayuda estatal según lo dispuesto en el apartado 1 del artículo 87 del Tratado CE y en el apartado 1 del artículo 61 del Acuerdo EEE ya que se trata de una ayuda concedida por el Estado, con recursos estatales, que favorece a algunas empresas, falsea la competencia y afecta a los intercambios comerciales entre los Estados miembros.

2. Incumplimiento de la obligación de notificación del apartado 3 del artículo 88 del Tratado CE

Habida cuenta de que las tres Normas Forales mencionadas no disponen la concesión de la exención del impuesto sobre sociedades en cuestión respetando las condiciones ⁽¹¹⁾ para las

ayudas *de minimis*, la Comisión estima que estas ayudas no pueden considerarse como ayudas sujetas a la norma *de minimis*.

La Comisión indica que las ayudas estatales que no se rigen por la norma *de minimis* están sujetas a la obligación de notificación previa establecida en el apartado 3 del artículo 88 del Tratado CE y en el apartado 3 del artículo 62 del Acuerdo EEE. Sin embargo, las autoridades españolas no han respetado esta obligación, razón por la que la Comisión opina que, en esta fase, estas ayudas pueden considerarse ilegales. La Comisión lamenta a este respecto el incumplimiento de las autoridades españolas de su obligación de notificación previa de las ayudas en cuestión.

3. Evaluación de la compatibilidad de la exención del impuesto sobre sociedades

Aunque la Comisión constata que las ayudas fiscales mencionadas son concedidas con la condición de la realización de una inversión mínima o de la creación de un número mínimo de empleos, los regímenes fiscales en cuestión no garantizan el cumplimiento de las reglas comunitarias en materia de ayudas estatales de finalidad regional. En particular, no satisfacen los criterios establecidos en la nota a pie de página 46 del anexo I de las Directrices de las ayudas estatales de finalidad regional (DO C 74 de 10.3.1998) donde se indica que «Las ayudas fiscales pueden considerarse ayudas a la inversión cuando ésta constituye su base imponible. Además, cualquier ayuda fiscal puede entrar en esta categoría si su importe alcanza un límite expresado en porcentaje de la inversión. Cuando la concesión de una ayuda fiscal se escalona a lo largo de varios años, el saldo restante a finales de un año puede trasladarse al año siguiente y aumentarse de acuerdo con el tipo de referencia». No respetan tampoco los límites regionales establecidos en el mapa español de ayudas con finalidad regional en vigor en la época. Por tanto, en esta fase, no tienen carácter de ayudas a la inversión o de ayudas al empleo.

En cambio, la Comisión considera que, en esta fase, estas ayudas fiscales tienen carácter de ayudas de funcionamiento. En efecto, su objeto es liberar a una empresa de los costes que ella misma habría debido normalmente sufragar con motivo de su gestión corriente o de sus actividades normales. Gracias a esta disminución de los gastos corrientes, las empresas beneficiarias mejorarán su rentabilidad debido al aumento de su resultado neto (beneficios después de impuestos). Procede, por tanto, examinar las ayudas fiscales en cuestión a la luz de las excepciones previstas en los apartados 2 y 3 del artículo 87 eventualmente aplicables a las ayudas de funcionamiento en cuestión.

Las ayudas de funcionamiento en cuestión a la luz de las excepciones regionales previstas en las letras a) y c) del apartado 3 del artículo 87

La Comisión recuerda que en los puntos 4.15 al 4.17 de las Directrices sobre las ayudas estatales de finalidad regional ⁽¹²⁾, se establece que las ayudas de funcionamiento, en principio, están prohibidas. No obstante, pueden concederse excepcionalmente, bien sea en las regiones acogidas a la excepción de la letra a) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE, siempre que cumplan ciertas condiciones, o bien en las regiones ultra-periféricas o las regiones de baja densidad de población cuando

⁽⁷⁾ Cuarto Informe sobre las empresas en Europa (Eurostat).

⁽⁸⁾ Elaborado a partir de los datos del cuadro de la página 27 del citado Informe.

⁽⁹⁾ Elaborado a partir de los datos del cuadro de la página 152 del citado Informe.

⁽¹⁰⁾ Reglamento (CE) n° 659/1999 del Consejo, de 22 de marzo de 1999, por el que se establecen disposiciones de aplicación del artículo 93 del Tratado CE (DO L 83 de 27.3.1999).

⁽¹¹⁾ Véase la Comunicación de la Comisión relativa a las ayudas *de minimis* publicada en el DO C 68 de 6.3.1996.

⁽¹²⁾ DO C 74 de 10.3.1998.

estén destinadas a compensar los costes adicionales de transporte. Ahora bien, ni las ayudas en cuestión ni las regiones se encuentran en ninguno de estos dos casos. Además, estas tres provincias no pueden acogerse a la excepción de la letra a) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE. En efecto, la Comisión recuerda que, según el mapa de las ayudas regionales ⁽¹³⁾, las tres provincias de Álava, Guipúzcoa y Vizcaya son regiones en las que las ayudas de desarrollo regional no pueden considerarse compatibles con el mercado común con arreglo a la excepción de la letra a) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE ya que su nivel de vida no es anormalmente bajo ni existe una grave situación de empleo. En cambio, la Comisión consideró que estas tres provincias eran regiones en las que las ayudas estatales podían considerarse, parcialmente ⁽¹⁴⁾ hasta el 26 de septiembre de 1995 ⁽¹⁵⁾ y en adelante enteramente, compatibles con el mercado común con arreglo a la excepción de la letra c) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE. En estas condiciones, la Comisión opina que la compatibilidad de las ayudas fiscales en cuestión suscita dudas a la luz de las normas en materia de ayudas estatales de finalidad regional.

Las ayudas de funcionamiento en cuestión a la luz de las normas sectoriales

La exención del impuesto sobre sociedades en cuestión, que carece de limitaciones sectoriales, puede concederse a empresas supeditadas a las normas comunitarias sectoriales, como las que se aplican a las actividades de producción, transformación y comercialización de los productos agrícolas del anexo I del Tratado, a la pesca, la industria del carbón, la siderurgia, el transporte, la construcción naval, las fibras sintéticas y la industria del automóvil. Sin embargo, las Normas Forales por las que se crea la exención fiscal en cuestión no prevén el respeto de dichas normas especiales comunitarias. La Comisión considera, pues, que las ayudas fiscales en forma de exención del impuesto sobre sociedades pueden no respetar dichas normas sectoriales. En esas condiciones, la Comisión tiene sus dudas sobre la compatibilidad de dichas ayudas cuando el beneficiario pertenezca a un sector sujeto a las normas especiales comunitarias.

Las ayudas de funcionamiento en cuestión a la luz de otras excepciones previstas en los apartados 2 y 3 del artículo 87 del Tratado CE

Por último, la Comisión duda de la compatibilidad de las ayudas fiscales en cuestión con el mercado común con arreglo a

las excepciones de los apartados 2 y 3 del artículo 87 del Tratado CE. En efecto, estas ayudas no pueden considerarse como ayudas de carácter social según lo dispuesto en la letra a) del apartado 2 del artículo 87, no están destinadas a reparar los perjuicios causados por desastres naturales o por otros acontecimientos de carácter excepcional según lo dispuesto en la letra b) del apartado 2 del artículo 87 y no están sujetas a las disposiciones de la letra c) del apartado 2 del artículo 87 relativas a determinadas regiones de la República Federal de Alemania. En cuanto a las excepciones del apartado 3 del artículo 87 distintas de las de las letras a) y c) ya citadas, la Comisión considera que no tienen por objeto promover la realización de un proyecto importante de interés europeo común o poner remedio a una grave perturbación en la economía de un Estado miembro según lo dispuesto en la letra b) del apartado 3 del artículo 87. Estas ayudas no entran en el ámbito de aplicación de las disposiciones de la letra c) del apartado 3 del artículo 87 relativas a las «ayudas destinadas a facilitar el desarrollo de determinadas actividades [...]» ya que no tienen especificidad alguna en cuanto a las actividades de las empresas beneficiarias. Por último, no están destinadas a promover la cultura ni la conservación del patrimonio según lo dispuesto en la letra d) del apartado 3 del artículo 87.

Conclusiones

Habida cuenta de las consideraciones expuestas, la Comisión ha decidido incoar el procedimiento previsto en el apartado 2 del artículo 88 del Tratado CE respecto a los regímenes de ayudas fiscales en forma de exención del impuesto sobre sociedades de algunas empresas de nueva creación en cada una de las tres provincias de Álava, Guipúzcoa y Vizcaya. La Comisión insta a las autoridades españolas, en el marco de dicho procedimiento, a que presenten sus observaciones y faciliten toda la información pertinente para la evaluación de los tres regímenes de ayudas fiscales mencionados en el plazo de un mes a partir de la fecha de recepción de la presente.

Hay que precisar que la presente decisión sólo se refiere a las medidas fiscales que en ella se examinan de manera explícita. No se pronuncia sobre las demás medidas contenidas en el régimen fiscal específico de cada una de las provincias en cuestión. La Comisión se reserva la posibilidad de examinar, ya sea a título general o en su aplicación a una empresa específica, aquellas medidas que puedan constituir ayudas.“.

⁽¹³⁾ Los mapas de las ayudas regionales en vigor, desde la adhesión de España, son: el mapa aprobado en 1988 mediante la decisión 88/C 351/04 de la Comisión, el mapa modificado por decisión de 26 de julio de 1995 y el mapa aprobado mediante decisión de 11 de abril de 2000.

⁽¹⁴⁾ Las zonas donde las ayudas podían ser consideradas como elegibles a la excepción de la letra c) del apartado 3 del artículo 87 del Tratado CE eran solamente la zona industrial del valle del Nervión de las provincias de Álava y Vizcaya, las zonas pirenaicas de la provincia de Álava, las comarcas del Duranguesado y de Encartaciones de la provincia de Vizcaya. El resto de las zonas de las provincias de Álava y Vizcaya no eran elegibles.

⁽¹⁵⁾ Fecha de la entrada en vigor de la modificación del mapa precedente aprobado en 1988.